

Bezugspreis:
Vierteljahr 20.- M., monatlich 10.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Bezug: Monatlich 10.- M. einzahl.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 8. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Ordnung für Oberschlesien.

Paris, 7. Juni. (Havas.) Die englische Regierung hat der
französischen Regierung gestern die Antwort auf die französische Note
vom 30. Mai zugehen lassen. Die britische Regierung erklärt sich
darin mit der französischen Regierung einig, daß die gesetzliche Ord-
nung in Oberschlesien gemäß dem Friedensvertrag wiederhergestellt
werden müsse, bevor irgendeine Entscheidung getroffen werde.

Granatenfeuer auf Mania.

Ratibor, 7. Juni. (WTB.) Nachdem seit Sonnabend die
Vorstadt Mania unter polnischem Artilleriefeuer gelegen hatte,
richteten die Insurgenten morgens gegen 4 Uhr eine Anzahl 7,5
Granaten ins Stadinnere.

Von einer neutralen Zone und einer legalen oder So-
lowka-Leitherrschaft Polens in Oberschlesien weiß der Friedens-
vertrag bekenntlich nichts. Will die Entente ihn erfüllen, so
muß sie ganz Oberschlesien wieder unter ihre Gewalt bringen
und die Bewohner von den furchtbaren Leiden befreien, die
ein Notruf der Stadt Kattowitz in die Welt hinaus schreit.

Der „Dot-Anz.“ erhebt ein großes schlesisches Volks-
bewußtseinsgefühl, welchem jetzt leider die Waldenburger Kom-
munisten durch die alberne Streikfortsetzung die Leiter halten.
Daß jedoch das reaktionäre Getöse nur den Ortschaften
eine Daseinsberechtigung verschaffen soll, zeigt wiederum eine
Ratiborer Schilderung ihres Treibens in der „Roten Fahne“.

Kein englisch-französisches Bündnis.

Paris, 7. Juni. (WTB.) „Matin“ läßt sich aus London melden:
Nach Informationen, die aus amtlichen englischen Kreisen stammen,
ist auf Anregung des englischen Auswärtigen Amtes die neuerdings
in der französischen und englischen Presse vielfach erörterte Frage
einer festumschriebenen Entente zwischen Frankreich und England
in drei Sitzungen des englischen Kabinetts zur Sprache gekommen.
Der Gedanke sei in der Form vorgeschlagen worden, daß England sich
verpflichten solle, im Falle eines deutschen Angriffs Frank-
reich beizustehen und daß Frankreich als Gegenleistung die englischen
Bedanken gegen die Besetzung des Ruhrgebietes berücksichtigen und
mit England im Orient zusammenarbeiten soll.

Englands Rußlandhandel.

London, 7. Juni. (Havas.) Neuter zufolge wird in der britischen
Antwort auf die französische Note wegen des englisch-russischen
Handelsabkommens ausgeführt, England könne nicht alle von der
französischen Regierung vorgebrachten Argumente anerkennen.
Insbesondere könnten die von englischen Gerichten gefällten Entsch-
scheidungen nicht abgeändert werden. Wenn der Augenblick für eine
allgemeine Regelung zwischen den Vertretern der verschiedenen
Mächte gekommen sein werde, eine Regelung, die mit dem englisch-
russischen Handelsabkommen nichts zu tun haben werde, dann
würden die französischen Forderungen, wie der englische Premier-
minister bereits in unabweislicher Weise erklärte, volle Beachtung
finden.

Inzwischen richtet sich Sowjetrußland in London häuslich ein;
es hat ein sechsstöckiges Haus für seine Delegation und eine anglo-
russische Bank gekauft.

Selbstbestimmungsrecht neuer Fassung.

Paris, 7. Juni. (WTB.) (Kammer.) Im Verlaufe der De-
batte über die Ratifizierung des ungarischen Friedensvertrags kriti-
sierte Abg. Boncourt (Soz.) die Zerstückelung Ungarns. Es sei
unmöglich, daß Oesterreich und Ungarn getrennt voneinander leben
könnten. Wenn man die wirtschaftliche Lage betrachte, müsse man
erkennen, daß einzelne neugeschaffene Kleinstaaten vor anderen be-
vorzugt wurden. So besäße Ungarn beispielsweise die Zufuhr-
wege zu einzelnen Kohlengruben, während diese Kohlengruben der
Tschekoslowakei gehörten. Eine Donauföderation werde nicht ge-
nügen; es sei nur dann möglich, alle Grundzüge, die beim Abschluß
der Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon
vorgesehen hätten, zu erfüllen, wenn Europa neuorganisiert
sei. Ministerpräsident Briand erklärte, Frankreich habe
unter allen Umständen den Grundsatz hochgehalten, andere Völker
leben zu lassen und ihr Selbstbestimmungsrecht zu realisieren.
Aber wenn es sich um Völker Mitteleuropas handle, stoße
die Anwendung dieses Grundsatzes auf Schwierigkeiten.
Frankreich müsse den kleinen Staaten, da es an ihrer Schaffung
teilgenommen habe, mit den Alliierten die Lebensregeln sichern.
(Welt natürlich nicht für Deutschösterreich! Red.) Von
Föderalismus könne jetzt nicht mehr die Rede sein. Man hätte ihn
ins Auge fassen können, solange Oesterreich-Ungarn nicht zerstückelt
war. Man habe die neuen Staaten nicht gegründet, um ihnen ihr
Leben wieder zu nehmen. Frankreich verliere nichts an seiner
Größe, wenn es von den wirtschaftlichen Reichümern der Länder

An unsere Leser!

Die Buchdrucker und Hilfsarbeiter haben mit erheblicher
Mehrheit für den Streik gestimmt. Ob die Zweidrittelmehrheit
voll erreicht ist, steht augenblicklich noch nicht fest. In der Ver-
sammlung heute nachmittag wird die Entscheidung fallen.
Treiß der Streik ein, ist auch das Erscheinen des
„Vorwärts“ bis auf weiteres in Frage gestellt.
Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

Reuen ziehen wolle, die von seinen zur Anwendung gedachten
Grundzügen profitiert hätten. Ungarn müsse sehen, wie es sich mit
seinen Nachbarn verständige, um Erleichterungen mit Bezug auf
den Friedensvertrag zu erlangen. — Das Gesetz über den Friedens-
vertrag wurde darauf, wie bereits gemeldet, mit 478 gegen 74
Stimmen angenommen.

Die deutsche Völkerbundliga ist auf der Genfer Tagung mit
Einstimmigkeit in den internationalen Bund dieser Vereini-
gungen aufgenommen worden.

Kemal und England.

Die Hinrichtung eines Anders durch die Kemal-Truppen wird in
England schwer angeteufelt; die Regierung von Ankara hat Auf-
klärungen gegeben. Die Entsendung weiterer britischer Kriegsschiffe
nach Konstantinopel soll angeblich nur indirekt gegen Kemal ge-
schehen, nämlich griechische Landungen schützen. Das Griechenbe-
weußtsein ist wesentlich verstärkt und soll wieder losgehen. Konstantin
reist an die Front und ein Brinz übernimmt den Oberbefehl. Alle Vor-
bedingungen für neue Erfolge — Kemals sind also gegeben.

Gradnauer über die Regierungsbildung.

Paris, 8. Juni. (CE.) Der Berichterstatter des „Figaro“ hatte
eine Unterredung mit Dr. Gradnauer. Auf die Frage des
Korrespondenten, ob Deutschland das Ultimatum erfüllen werde,
sagte der Minister: „Für die Ruhe Europas und für uns selbst war
es nicht möglich, die eingeschlagene Politik fortzusetzen. Es ist für
alle wünschenswert, daß die Beziehungen zwischen der Entente und
Deutschland normal werden. Dr. Wirth hat die Absicht, seiner
Regierung die breiteste Grundlage zu geben, und in dieser
Absicht hat er die Tore nach rechts und nach links geöffnet.
Es wäre aber schwer, die Mitarbeit der Deutschen Volks-
partei anzunehmen, wenn diese nicht im voraus Sicherheiten
geben würde. Die Politik des Kanzlers will eine solche der Einig-
keit und der Versöhnung sein. Er will den Volksparteitern nicht
nachlaufen, aber er will sie auch nicht grundsätzlich aus-
schließen.“

Ueber die Frage einer Auflösung des Reichstages
sagte Dr. Gradnauer: Ueber diesen Punkt seien die Ansichten der
einzelnen Parteien verschieden. Eine große Zahl der Sozialdemo-
kraten hielte Neuwahlen für unvermeidlich. Gradnauer ist persön-
lich überzeugt, daß die Sozialdemokraten einen Stimmenzuwachs
erhalten würden, der jedoch nicht genüge, um ihnen ein über-
wiegende Mehrheit zu sichern. Es wäre besser, ein Zusammen-
arbeiten der Sozialdemokratie und der Deut-
schen Volkspartei zu erreichen, weil Neuwahlen nicht
wünschenswert seien.

Zusammenbruch des Putschismus

Das Bestreben der kommunistischen Presse, das Interesse
an dem Prozeß gegen Brandler wach zu erhalten,
erscheint uns auch von unserem Standpunkt aus als nützlich.
Die „Rote Fahne“ wirft uns vor, daß wir „die weißen Ge-
richte auf die Kommunisten bezogen“, weil wir die Gründe ge-
würdigt haben, die das Gericht dazu führten, über den Vor-
sitzenden der KPD keine entehrende Zuchthausstrafe zu
verhängen. Ueber die Unsinngkeit dieser Beschuldigung ist
kein Wort weiter zu verlieren. Es fällt uns gar nicht ein, eine
strengere Strafe zu wünschen für einen Mann, wie es Brandler
nach seinen eigenen Aussagen vor Gericht und nach den Be-
kundungen der „Roten Fahne“, die nur seine Freisprechung
gerecht gefunden hätte, offenbar ist.

Nach dem Bericht, den wir am Montag veröffentlichten,
hat Brandler auf das entschiedenste in Abrede gestellt, daß die
Zentrale der KPD mit ihrer Märzaktion den Sturz der
Verfassung bezweckt hätte. „Nur Idioten und Narren“
hätten eine solche Absicht haben können. Brandler zeigte die
stärkste Abneigung gegen jede Anwendung von Gewalt und
schob die Schuld an den Gewalttätigkeiten in Mitteldeutsch-
land ausschließlich der Regierung und den Spiegeln der Rechts-
parteien zu.

Eine bessere Vertretung des sozialdemokratischen Stand-
punktes, daß an der Erregung von Putsch nur die Feinde
der Arbeiterbewegung interessiert seien, hätten wir uns gar
nicht wünschen können.

Da aber der Bericht des „Vorwärts“ möglicherweise auf
„menschewitschen Lügen“ beruht, wollen wir uns weiter nur
an den Bericht der „Roten Fahne“ halten, deren Wahrheits-
liebe von der „Roten Fahne“ selbst vielleicht doch nicht an-
gezweifelt werden wird.

Nach dem Bericht der „Roten Fahne“ also erklärte
Brandler:

Wir sind der Meinung, daß ein zäher Klassenkampf stattfinden
wird, daß aber während des März nicht daran gedacht wurde, die
Verfassung zu „särgen“.

An einer anderen Stelle des Berichts heißt es:

Genosse Brandler zitiert Stellen aus dem Spartakusprogramm,
die beweisen, daß die Kommunisten die Regierung nur übernehmen
durch den Willen der ungeheuren Mehrheit des Volkes. Er bescheidet
die Dynamitattentate als Rechtspitzelei und blickt den Unsin.
Das strategische Ziel der Kommunisten sei, die Massen zu er-
obern.

Zum Beweis dafür, daß er ein Gegner aller Gewalttaten
sei, zitierte Brandler einen leibhaftigen „menschewitschen“
Minister aus Sachsen, den Genossen Frie del, den „men-
schewitschen“ Gewerkschaftsbeamten Fried el und sogar den
bürgerlichen Direktor Siemens herbei, die alle drei ihm
das allerbeste Zeugnis ausstellten.

Also auch nach dem Zeugnis der „Roten Fahne“ hat
Brandler jeder Putschakt die klarste Absage erteilt. Und
wenn es vorher auch vielleicht etwas anders klang, vor Ge-
richt hat er nicht wie ein Linkskommunist gesprochen, sondern
eher wie ein Sozialdemokrat. Er hat ausdrücklich erklärt, daß
die Kommunisten die Regierung nicht anders übernehmen
wollen als „durch den Willen der ungeheuren
Mehrheit des Volkes“. Wer hätte vor zwei Jahren
noch ein solches klares Bekenntnis zur Demokratie
aus dem Munde eines Kommunisten, eines Linkskommunisten
sogar, erwartet?

Der ganze Streit in der Arbeiterbewegung hat sich seit
dem 9. November doch darum gedreht, ob es möglich ist, den
Kapitalismus durch gewaltsames Vorgehen einer Minderheit
zu stürzen oder ob dazu „die ungeheure Mehrheit des Volkes“
notwendig ist. Die Kommunisten, zeitweilig sogar die Unab-
hängigen, haben das erste behauptet, während die Sozial-
demokratie das zweite vertrat und jedes gewalttätige Vor-
gehen von Minderheiten verwarf.

Und jetzt stellt sich vor Gericht heraus, daß das alles nichts
als ein kolossales Mißverständnis gewesen ist. Die Kommu-
nisten haben im Grunde nie etwas anderes gemeint als die
Sozialdemokraten, das steht sogar — schade nur, daß es bisher
übersehen worden ist! — schon im Spartakusprogramm.

Man könnte auf den Gedanken kommen, es handle sich
bei Brandler um eine plötzliche Belehrung. Aber wo ist der
deutsche Kommunist, der heute noch eine andere Auffassung
vertritt? Von Leo haben wir gehört, daß nicht nur er aus
den gleichen Gründen wie Brandler ein Gegner jedes Putsches
ist, sondern daß auch Rosa Luxemburg und Leo
Jogiches schon den Januaraufstand von 1919 — gegen
Karl Liebknecht — mit der Kraft der Verzweiflung be-
kämpft hätten. Sodann traten hier im „Vorwärts“ die beiden
ehemaligen Führer der KPD, in Hamburg, Laufenberg
und Volkheim, auf den Plan, um „zur Ehrenrettung
eines Toten“ zu befunden, daß auch Liebknecht ein Gegner
des Januaraufstandes gewesen sei. Die beiden ehemaligen
Führer der kommunistischen Arbeiterpartei betrachten es
als eine Ehrenkränkung, wenn man von einem Men-
schen behauptet, er hätte den Januaraufstand gewollt!

Im Ernst gesprochen: Was wir hier erleben, das ist ein katastrophaler Zusammenbruch aller kommunistischen Theorien und eine über Erwarten rasche und vollständige Rechtfertigung der sozialdemokratischen Politik. Die kommunistischen Führer wagen es nicht einmal mehr, sich zu ihren früheren Irrtümern zu bekennen, sie wollen so klarliegend, wie sie es jetzt durch die bitteren Lehren der Tatsachen geworden sind, schon immer gewesen sein. Bei diesem Zusammenbruch aller deutsch-bolschewistischen Kartenhäuser versinkt sogar der Streit zwischen Rechts- und Linkskommunisten in das Nichts. Es ist wirklich nicht einzusehen, wie der Kampf der kommunistischen Linken gegen die Rechte wegen ihres „Opportunismus“ weiter fortgeführt werden soll, nachdem sich nun auch Brandler als vollkommener „Opportunist“ entpuppt hat.

Wir können von dem Verständnis der Kommunisten, daß gewalttätige Minderheitsaktionen ein sinnloses Verbrechen an der Arbeiterklasse selbst sind, nur mit tiefer Genugtuung Kenntnis nehmen. Aber wir müssen noch einen Schritt weitergehen und die Einsicht verlangen, daß unter solchen Umständen auch jede Fortsetzung der zersetzenden Kämpfe in der Arbeiterbewegung ein sinnloses Verbrechen an der Arbeiterbewegung selbst ist. Wer weiß denn heute überhaupt noch, um was eigentlich gekämpft wird? Solange sich die Kommunisten zur Eroberung der politischen Gewalt durch Minderheiten, die Sozialdemokraten zu demokratischen Methoden bekannten, hatte der Kampf noch einen Sinn. Seit sich selbst die Linkskommunisten durch Brandler zu der Auffassung bekannt haben, daß eine politische Partei ihre Ziele nicht früher verwirklichen kann, als bis sie „die ungeheure Mehrheit des Volkes“ für sich gewonnen hat, sind alle kommunistischen Angriffe auf die Sozialdemokratie nur noch stumpfsinniger Krakeel.

Der Kommunismus hat sich als unfähig erwiesen, dem Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung neue Wege vorzuschlagen. Er stützt an seiner geistigen Armut. Jetzt muß auch der letzte Arbeiter begreifen, daß es zur Eroberung der politischen Macht kein anderes Mittel gibt als das der Demokratie, zu dem sich die Sozialdemokratische Partei stets bekannt hat. Einstellung der Bruderkämpfe, Zusammenbruch im Zeichen der Sozialdemokratie, um „die ungeheure Mehrheit des Volkes“ für die Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung zu gewinnen, ist jetzt die Lösung!

Der Minister aus Trost.

Wenn es noch eines Beweises für den reaktionären und arbeiterscheuernden Charakter des gegenwärtigen Preussenkabinetts, insbesondere aber seines Chefs, des preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald, bedürft hätte, so wurde er durch die Vorgänge erbracht, die sich gestern im Parlamentsaal wie im Ministerzimmer des Abgeordnetenhauses abspielten. Bei der Fähigkeit, mit der Herr Stegerwald an seinem Portefeuille klebt, erscheint es notwendig, auf seine verschiedenen, außerordentlich bemerkenswerten Äußerungen vom gestrigen Tage nochmals zurückzukommen.

Sämtliche Reden Stegerwalds werden durch die Bemühung charakterisiert, bei den Rechtsparteien Sympathien zu erwerben, während er — insbesondere durch seine Äußerungen zur Frage der Regierungsneubildung — die Linke unaufhörlich provoziert. Durch seine bewußt nationalistischen Äußerungen gelang es ihm denn auch, in seiner gestrigen Rede den besonders für mich den Beifall der bürgerlichen Reaktion zu erlangen. Herr Stegerwald sprach den lapidaren Satz aus: „Ich bin sozusagen Minister aus Trost“. Diese Äußerung zeigt einmal, daß Herr Stegerwald von der Unhaltbarkeit seiner Stellung auf Grund der parlamentarisch-demokratischen Prinzipien selbst überzeugt ist, darüber hinaus aber geht aus dieser Äußerung sein Wille hervor, ein klein wenig den Diktator von Preußen zu spielen. Die Demokratie kennt Minister aus Vertrauen. Minister aus Trost sind ihr unbekannt, und sie hat verfassungsmäßige Mittel,

diesen Trost zu brechen, wenn er sich eine Rolle anmaßt, die ihm seiner Bedeutung nach nicht zukommt.

Charakteristischerweise hielt es Herr Stegerwald für angebracht, auf die Friedensresolution vom Juli 1917 zurückzukommen. Auch hier rückte er unverkennbar von jener Aktion des Reichstages ab, die den Grundstein zu dem erst durch die Revolution geschaffenen und vollendeten parlamentarischen System legte und damit die eigentliche Voraussetzung für seine gegenwärtige Stellung schuf. Seine Äußerung, er halte zwar an den „Grundgedanken“ der Friedensresolution fest, aber die Injenzierung sei falsch gewesen, zeigt zur Genüge, wie Stegerwald in Wirklichkeit über jene Aktion denkt.

Im Verlauf seiner Rede erklärte der Ministerpräsident, er habe zur Deutschen Volkspartei keine besondere Zuneigung. Diese Erklärung wurde ihm offenbar von keiner Seite geglaubt, und charakteristischerweise erwiderte der Sprecher der Deutschen Volkspartei, Dr. v. Campe, der sofort nach Stegerwald das Wort ergriff, die Ausführungen des Ministerpräsidenten hätten seine politischen Freunde sympathisch berührt. Stegerwald spielte also ein wenig die Rolle der spröden Jungfrau, die ihre Liebe nicht zu erkennen geben will, aus deren Verhalten man aber auf ihre wahren Gefühle schließt.

Am gleichen Tage hatte der Ministerpräsident mit einem Vertreter des „B. T.“ eine Unterredung. Hier wurde er deutlicher. Er kam auf die Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Vertretern Bels, Siering und Krüger vom 11. Mai zurück und erklärte, er habe die Herren nicht im Zweifel darüber gelassen, „daß zuerst einmal die Parteien sich über die von mir gestellten Vorfragen einigen müßten“. Auch hier also macht sich das Bestreben Stegerwalds bemerkbar, nicht parlamentarisch zu verhandeln, sondern diktatorisch zu gebieten. Einen wie geringen Wert man im übrigen einer solchen Erklärung der Deutschen Volkspartei gegenüber beizulegen hat, geht aus einem weiteren Satz jener Unterredung hervor, nach dem Stegerwald für eine Politik der Mitte eintritt, „die von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie reicht“. Hier zeigt sich die gleiche Verkennung der politischen Situation, die Stegerwald in seinen sämtlichen, zur Regierungsbildung von ihm vorliegenden Äußerungen erkennen ließ.

So kann man der „Nationalliberalen Korrespondenz“ nur zustimmen, wenn sie als Ideal des Ministerpräsidenten die seinerzeit von der Deutschen Volkspartei in Vorschlag gebrachte „nationale Einheitsfront“ bezeichnet. Die alte Erfahrung, daß der Trost den Blick des Menschen trübt, bestätigt sich auch im Falle des preussischen Ministerpräsidenten, der offenbar von seiner hohen Warte herab jedes Verständnis für die politische Situation verloren hat und eine falsche Einschätzung der Sozialdemokratie zeigt, die zwar über kurz oder lang für ihn, nicht aber für diese von katastrophalen Wirkungen begleitet sein muß. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion befindet sich jedenfalls in voller Uebereinstimmung mit den Parteigenossen im Lande darüber, daß für sie in einem Kabinett neben der Deutschen Volkspartei kein Platz ist.

Berechtigte Mahnung.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht an der Spitze ihrer heutigen Morgennummer einen kurzen Artikel von Graf Westarp, der davor warnt, die Möglichkeiten zur Erfüllung der Wiedergutmachungsforderungen zu überschätzen. Er glaubt zwar, daß die Zahlung der ersten Milliarde zur rechten Zeit ermöglicht werden kann, erinnert aber daran, daß dann weitere Zahlungen von 800 bis 900 Millionen in jedem Vierteljahr fällig werden. Man solle sich also nicht einbilden, daß schon „alles in schönster Ordnung“ sei. Der deutschnationale Führer schließt mit wachsendem erhobenen Zeigefinger:

An diesen Sachverhalt muß erinnert werden, um einer einschläfernden und betäubenden Wirkung auf die

öffentliche Meinung vorzubeugen, an der das Kabinett Birtz ein Interesse haben mag, die sicher aber nicht im Interesse des deutschen Volkes liegt.

Wir glauben nicht, daß das Kabinett Birtz an einer Einschläferung der öffentlichen Meinung interessiert ist. Es muß im Gegenteil die stärkste Aufrüttelung wünschen, damit die zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen notwendigen Mittel auch rechtzeitig aufgebracht werden.

Graf Westarp kann mit seiner Mahnung zweierlei wollen. Entweder will er den Glauben des Auslands an die Einhaltung der nächsten Zahlungstermine durch Deutschland erschüttern und damit die Pfändertheorie der französischen Imperialisten unterstützen — das wäre dann ein geradezu landesverräterisches Beginnen. Oder aber, er will daran erinnern, daß alle Volksschichten, vor allem die leistungsfähigsten des Großgrundbesitzes und des Großkapitals große patriotische Opfer bringen müssen, um Deutschland vor den Folgen der Nichterfüllung zu schützen.

Wir nehmen zugunsten des Grafen Westarp das letztere an und betrachten seine Ausführungen in diesem Sinne als eine berechtigte Mahnung. Sollten wir ihn falsch verstanden haben, dann kann er es ja sagen . . .

Bismarck vor dem Reichsgericht.

Der Streit um den dritten Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ ist durch das salomonische Urteil des Kammergerichts, wonach dem Verlage Cotta der Abdruck einiger Briefe erlaubt wurde, noch nicht erledigt, da sich der Cotta-Verlag mit diesem Urteil begreiflicherweise nicht zufrieden gibt. Wie aus Stuttgart gemeldet wird, wird der Verlag Cotta gegen die Entscheidung des Kammergerichts Berufung einlegen, so daß der Prozeß nunmehr in der letzten und höchsten Instanz das Reichsgericht beschäftigen wird.

Klassenveröhnung mit Maschinengewehren.

Am Montag beging die „Tiroler Heimatwehr“ einer Weidung aus München zufolge das Fest ihres einjährigen Bestehens. Zur Verschönerung der Feier war auch der Landeshauptmann der bayerischen Einwohnern Horst Eischer erschienen, der, der „D. Z.“ zufolge, als den Sinn der Heimatwehren nicht den Klassenkampf, sondern die Klassenveröhnung bezeichnete.

Ferner wird „von berufener Seite“ die Weidung der „Deutschen Zeitung“ demontiert, wonach Eischer von seinem Posten zurückzutreten beabsichtige. Demgegenüber heißt es, Eischer denke nicht daran, in diesem kritischen Stadium von der Leitung der bayerischen Einwohnern wehr und auch der Orchestre zurückzutreten. Diese Mitteilung bestätigt unsere sofort nach Bekanntwerden der Nachricht der „Deutschen Zeitung“ geäußerten Zweifel. Allerdings möchten wir fragen, welche Aufgaben Herr Eischer an der Spitze einer Organisation zu erfüllen gedenkt, die auf Grund des angenommenen Ultimatus in wenigen Wochen aufgelöst sein muß? Wir glauben nicht, daß Herr Eischer sich als „Offizier ohne Soldaten“ (sonderlich wohl fühlt; wenn es ihm wirklich ehrlich um seine so oft mit verdächtigem Vornehm verklärte Vaterlandsliebe ist, so sollte er durch sein Verhalten nicht den Zweifel erwecken, daß die Auflösung nur eine Komödie war und daß hinter ihm noch immer eine Anzahl leistungsberechtigter bayerischer Mannen steht. Oder will Herr Eischer als „Vater der Einwohnernwehren a. D.“ auch weiterhin im Sinne einer „Klassenveröhnung“ wirken, die er durch seine militärischen Spielereien mit Maschinengewehren und Schießprügeln so prächtig eingeleitet hat?

Freikorpswerbung auf dem Amtsgericht.

Bekanntlich wurden im Amtszimmer des Schöffengerichts Potsdam von dem Justizsekretär Oberleutnant a. D. Oppermann viele Leute angeworben und nach Oberschlesien geschickt. Diese mußten sich dem „Berein deutschnational gesinnter Soldaten“ angliedern. Viele von ihnen sind in Gefangenschaft in Polen verwanzt worden. Die verwundeten Soldaten hatten sich jetzt an das Werkbureau Oppermann. Im Laufe des gestrigen Tages kamen diese Verletzten auf das Amtsgericht in der Lindenstraße, um

Vinzent van Gogh.

Ausstellung im Kronprinzenpalais.

Ein genialer Künstler, der ein notorisch Geisteskranker war. „Natürlich ein Exzentriker!“ wird mancher Leser ausrufen. Aber er irrt sich: Dieser seltsame holländische Maler, der zwischen zwei Lobfuchsanfällen die wunderbaren Meisterwerke schuf, ging mit verzehrender Leidenschaft darauf aus, die Eindringlichkeit der Natur, wie sein Auge und sein Gefühl sie aufnahmen, in Linien und Farben zu übertragen. Er malte im Freien, während der Sturmwind seinen Stuhl rüttelte, oder in der Mittagsstille, entblößten Haares, so daß der Brand der südfranzösischen Sonne ihm mit der Zeit alle Haare vom Kopf gelengt hatte. Und er malte stets in rasender Eile, mit der Anstrengung fochendem Atem, da die Eitelkeit, die er getreu wiederzugeben sich mühte, oft nur kurze Zeit währte, und immer in einer Sekunde auf die Leinwand fixiert werden mußten. Wer auch nur ein einziges Bild von ihm gesehen hat, der kennt die seltsame, charakteristische Pinselführung. In diesen, geraden oder gekrümmten Linien, die wie Würmer nebeneinander oder durcheinander krabbeln, trägt er keine Farbe auf. Mit Blau, Gelb, Grün und Rot erzielt er alle seine Effekte. Aber diese Farben erscheinen in einer unerklärlich reichen Nuancierung, und es ist für ein empfindliches Auge einer der größten Genüsse, diesen feinen und zarten Abwandlungen auf der Wafläche nachzugehen. Und jeder Pinselstrich wirkt für sich, jedes der farbigen Würmer scheint zu leben und eine Seele zu haben. Und ebenso deutet er keine Federzeichnungen aus Strichen und Punkten, und jeder Punkt und jeder Strich ist ein selbständiges Wesen von eigener Ausdruckskraft.

Seit länger als dreißig Jahren ruht Vinzent van Gogh unter der Erde. 1853 wurde er in einem Dorf der niederländischen Provinz Nord-Brabant als Sohn eines Pfarrers geboren. Er wandte sich erst im Haag, dann in London und Paris dem Kunsthandel zu, ging 1876 als Schullehrer nach England, trieb im Jahre darauf in Brüssel theologische Studien und trat dann als predigender „Evangelist“ in den Kreisen der belgischen Minenarbeiter auf. Von hier datieren seine ersten künstlerischen Versuche, die er dann, teils in Brüssel, teils im Hause seiner Eltern, mit großer Energie fortsetzte. 1885 besuchte er auf kurze Zeit die Antwerpener Akademie, 1886 ging er nach Paris, wo er durch seinen Bruder, einen Kunsthändler, mit den Kreisen der Impressionisten in Verbindung kommt. 1887—89 lebte er in Aries in Südfrankreich. Dies war die Blüteperiode seines Schaffens: in den zwei Jahren entstanden mehrere hundert Bilder. Aber seine physische Kraft war bereits aufgebraucht, sein Nervensystem vollständig zerstört. Bei einem Besuche seines Freundes, des genialen Malers Gauguin, kam es zur Katastrophe. Eines Abends war er im Birtzhaus dem Freund ein Glas an den Kopf. Gauguin wich aus, teilte aber am anderen Morgen dem Zerstörten mit, daß er Aries verlassen und den Vorfall Goghs Bruder meiden werde, von dessen Unterstützung der Maler lebte. Vinzent schwieg, aber am Abend ging er auf offener Straße mit einem Rasiermesser auf Gauguin los. Als auch dieser Angriff zurückgewiesen wurde, begab sich van Gogh nach Hause, schnitt sich selber ein Ohr an der Wurzel

ab, verband sich und lieferte das Fragment in einem Hause der Nachbarschaft ab. Am anderen Morgen fand Gauguin das Haus des Freundes von einer Volksmenge belagert, die ihn des Mordes beschuldigte. Er ließ einen Arzt holen und reiste ab. Gogh aber begab sich in das Irrenhaus von Arles, wo er die herrlichsten Bilder malte, die sein Pinsel je hervorgebracht hat: ein Porträt mit dem verbundenen Kopf, den Klostergarten des Irrenhauses mit wunderbaren Blumenbüscheln, kostbare Stillleben u. a. Den Rest seines Lebens verbrachte er dann in einer Irrenheilanstalt in Auvers an der Oise, rastlos arbeitend, bis er im Juli 1890 seinem Leben ein Ende machte. Als ihn der Doktor mit der Nadel im Leibe fand und ihn nach der Ursache des Selbstmordes fragte, antwortete Vinzent die Worte: „Er hat dann noch eine Nacht und einen Tag gelebt, ruhig seine Pfeife rauchend und von Kunstbüchern lesend.“

Die Ausstellung, die heute mittig im obersten Stockwerk des Kronprinzenpalais eröffnet wurde, zeigt eine Reihe der größten Meisterwerke van Goghs, darunter die berühmte „Arlesienne“, den „Postbeamten“ und zahlreiche Landschaftsbilder und Stillleben. Im letzten Räume sieht man seine Zeichnungen. Alles, mit wenigen Ausnahmen, stammt aus Berliner Privatbesitz. Wenn man diese Herrlichkeiten betrachtet, dann überkommt einen das Gefühl der Trauer und der Empörung: nicht ein einziges Werk van Goghs besitzt die Nationalgalerie als ihr Eigentum! Und dabei wurden ihm seinerzeit nicht weniger als sechs wertvolle Gemälde als Geschenk angeboten, aber sie durfte sie nicht annehmen, da Er. Majestät diese „lange Richtung nicht pakte“.

Das Kronprinzenpalais einschließlich der van-Gogh-Räume ist Dienstags, Mittwochs und Sonntags von 9—3 Uhr unentgeltlich geöffnet. Ich kann den Besuch dieser Ausstellung, die ein Kunstereignis allerersten Ranges bedeutet, jedem dringend empfehlen.

Dr. John Schilowski.

Gegen die Reform der Reichsrechnung, die vom Reichsministerium des Innern vorbereitet ist und über die demnächst der Reichsausschuß entscheiden soll, wendet sich der Buchhändler-Bärsenverein in einer an die Unterrichtsverwaltungen der Einzelstaaten gerichteten Eingabe. Er meint, die Reform würde die schöne Alphabetordnung umstoßen und alle Lexika, Karteien usw. verwirren. Dadurch würden die wirtschaftlichen Bedrägnisse des Buchhandels gefährdet und eine Belungrüfung unseres ganzen Schriftwesens hervorgerufen werden.

Die diesjährige Handelshochschulconferenz fand an den letzten drei Tagen der Pfingstferien in der Berliner Handelshochschule statt. Außer einigen amtlichen Vertretern nahmen von jedem Dozentenkollegium noch mehrere Herren teil. Den wichtigsten Gegenstand der Beratungen bildete die Frage der Angliederung der Handelshochschulen an Universitäten oder Technische Hochschulen. Die Retorenkonferenz ist nach eingehenden Beratungen zu dem Beschluß gekommen, daß gegen jede Art der Verschmelzung einer Handelshochschule mit anderen Hochschulen Bedenken bestehen, wenn nicht die Erfüllung der bisherigen Aufgaben der Handelshochschule in vollem Umfange gewährleistet bleibt. Diese Aufgaben bestehen in der wissenschaftlichen Ausbildung des kaufmännischen Nachwuchses sowie der Handelslehre; ferner in der Darbietung wirtschaftlicher Vor-

lesungen und Übungen für solche Kaufleute, Beamte und Ingenieure, die bereits im Berufsleben stehen. Gegen Arbeitsgemeinschaften mit anderen Hochschulen werden keine Bedenken erhoben. Von den weiteren Beratungsgegenständen sind zu erwähnen die Bedingungen für die Zulassung zum Handelshochschulstudium und die Regelung der Gebühren. Die Hochschulvertreter haben beschlossen, einstweilen keine Erhöhung der Gebühren vorzuschlagen.

Zum nächsten Vorort der deutschen Handelshochschulen wurde an Stelle des bisherigen Vororts Berlin die Handelshochschule Mannheim gewählt.

Vollsunterricht in der Publie? Wie ein hiesiges Mittagsblatt feststellt haben will, existieren in Berlin private Volkshochschulen, die ihre Unterrichtsräume in den Vereinszimmern einfacher Restaurationslokale unmittelbar neben dem Schanzenraum haben.

Ob aber ein pädagogisches Interesse vorliegt, den Kindern die Seagnungen des Elementarunterrichts ausgerechnet in dem dunkelreißer Berliner Kneipräume angeheben zu lassen, erscheint etwas fraglich. Vielleicht tritt die Unterrichtsverwaltung der Sache näher.

Jeder sein eigener Schnapsabwickler! Der Kommissar für die Durchführung des Alkoholverbotes im Staate Ohio tritt in seinem Jahresbericht mit der erstaunlichen Behauptung hervor, daß es jetzt statt der paar hundert Brauereien und Schnapsfabriken von früher viele Hunderttausende derartige Einrichtungen gebe. Nach der Ansicht dieses Beamten ist jeder Amerikaner heute sein eigener Schnapsfabrikant und Brauer. Die Erhebungen der Polizei haben z. B. in Columbus City ergeben, daß eine von vier Familien durchschnittlich ihr eigenes Bier braut und daß manche Hausfrauen die Herstellung von Schnaps in so großem Umfange betreiben, daß sie damit auch noch andere Familien und Freunde versorgen. Alle Früchte, die sich zur Herstellung beruhigender Getränke eignen, werden in großen Mengen aufgekauft, und in manchen Gemeinden gibt es kein Haus mehr, das nicht einen Destillationsapparat für die Herstellung von Schnaps enthält. Die Schnapsfabrik gehört für viele Amerikaner zum Haushalt so gut wie die Küche.

Bolschewistische Münzen mit dem Jarenbildnis. In russischen Kaufmannskreisen erzählt man, daß die Bolschewisten begonnen haben, Silbermünzen im Werte von je 1000 Bolschewistenrubeln zu prägen. Diese Münze soll zur Bezahlung von Bauern dienen, die sich weigern, Papiergeld anzunehmen. Da die neuen Münzen in den alten Prägestätten hergestellt werden, so werden die russischen Wuschis, abgesehen von der guten Bezahlung, auch die Freude haben, auf den Geldstücken das Porträt ihres verstorbenen Väterchens wiederzusehen.

Die Veranfassung der „Wästerdämmerung“ im Deutschen Opernhaus. Die musikalische Leitung hat Eduard Reike.

Prof. Mayer, der den Vorschlag für die Besetzung der Violoncelle im Orchester machte, ist als Nachfolger des verstorbenen Prof. Ritz a. O. Mann nach Berlin berufen worden und hat die Berufung angenommen.

Gewerkschaftsbewegung

Was der Rüdorsdorfer Arbeiterschaft geboten wird!

Am 23. März gab der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin einen Schiedsspruch ab, der einen Aufschlag von 15 Prozent auf die Grundlöhne vorsah. Diese Zulage wurde einmal mit Rücksicht auf die Notlage der Arbeiterschaft in der Rüdorsdorfer Zementindustrie begründet, weiter aber damit, daß seit September 1920 die Löhne nicht erhöht worden sind. Eine weitere Erhöhung sollte in der Lohnwoche beginnen, in die der 1. April fällt.

Die Arbeitgeber verweigerten die Anerkennung des Schiedsspruchs, dessen Verbindlichkeitserklärung der Herr Demobilisationskommissar abzulehnen für gut befand. Seit dem 27. Mai stehen nun die Handwerker in allen Betrieben in Streik, und die Arbeiter sind ausgesperrt, so daß insgesamt 2000 Personen erwerbslos sind. Alle Bemühungen, einen Ausgleich zu finden, scheiterten an dem Widerstand der Arbeitgeber. Am 4. Juni sollte im Reichsarbeitsministerium eine Einigung versucht werden. Die Arbeitgebervertreter blieben aus. Am 6. Juni kamen sie und erklärten, anstatt einer Lohnerhöhung müsse eine Lohnkürzung um 10 Prozent vorgenommen werden. Die Streikenden sollen „nach Bedarf“ wieder eingestellt werden. Nebenbei soll bei dieser „günstigen Gelegenheit“ die Affordarbeit eingeführt werden, die bisher im Rüdorsdorfer Bezirk nicht bestand. Außerdem soll eine systematische Ueberstundenwirtschaft eingeführt werden. Die Herren erklärten, ihre Lage wäre hofflos und könnten die geforderten Lohnerhöhungen nicht bewilligen, obwohl sie Millionen Reingewinne im Jahre zu verzeichnen haben.

Die Arbeitgeber mühten sich denn doch einmal die Frage vorlegen, ob sie durch derartige Provokationen der Arbeiterschaft ihre Interessen nicht mehr schädigen als fördern. Doch das ist ihre Sache. Sache der Rüdorsdorfer Arbeiterschaft wird es sein, sich gegen derartige Unerbittlichkeiten energisch zu wehren, wobei sie auf die Sympathien der gesamten Arbeiterschaft rechnen dürfen.

Gegen den Lohnabbau in der Holzrahmenbranche.

Die in der Holzrahmen- und Goldleistenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen waren am Dienstag zahlreich im Gewerkschaftshaus versammelt, um zu dem angebotenen Lohnabbau Stellung zu nehmen. Beteiligt an der Angelegenheit sind die Verbände der Holzarbeiter, der Glaser, der Transportarbeiter und der Buchbinder. Rölller erstattete Bericht über den Verlauf der Verhandlungen und gab die Lohnherabsetzungen bekannt, mit denen die Arbeitgeber aufwarten wollen. Es handelte sich — wie aus den Zahlen hervorgeht — um einen ganz gewaltigen Lohnabbau, gegen den die Arbeiterschaft sich mit aller Kraft zur Wehr setzen mußte. Alle im Tarif ausgeführten Gruppen, Arbeiter wie Arbeiterinnen, würden durch die geplante Lohnherabsetzung schwer geschädigt werden. Arbeiterinnen, die bisher im Tarif als Facharbeiterinnen geführt wurden, sollen nach dem Plan als „angelernte“ Arbeiterinnen geführt und ihr Stundenlohn soll von 4,65 auf 3,15 M. „abgebaut“ werden. Jetzt habe die Arbeiterschaft das Wort. Auf keinen Fall werde man auf die Zumutungen der Arbeitgeber eingehen können, sondern den Kampf aufnehmen, selbst wenn dieser Monate dauern sollte. (Beifall.)

Die folgende Aussprache hatte zum Ergebnis, daß sich alle Redner für den Kampf gegen den Lohnabbau erklärten. Sobald in einem Betriebe Lohnabbau vorgenommen werden, soll sich die Arbeiterschaft sofort an die Ortsverwaltung wenden, damit das Erforderliche veranlaßt werden kann. Folgende Entschlieung wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung aller in der Goldleistenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen weisen mit Entschiedenheit die freche Provokation der Unternehmer zurück und verpflichten sich mit allen Mitteln, das heißt, auch durch Streik, den Lohnabbau zu verhindern.“

Einigung im Sangeswerke der Provinz Sachsen.

Nach mehrstündigen Verhandlungen ist es Dienstag nachmittag gelungen, in dem Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitern im Sangeswerke der Provinz Sachsen und in Anhalt eine Einigung zu erzielen. Die Arbeiter erhalten Lohnherabsetzungen von 20—30 Pf. pro Stunde. Alle Ausperrungen und Streiks werden aufgegeben. Die Arbeit soll am Donnerstag früh wieder aufgenommen werden. — Die Darstellung der „Freiheit“, das Schiedsgericht sei verlagert, um erst Erhebungen zu veranlassen, ist damit gegenstandslos und der „Koten Johne“ ist ein fetter Happen ins Wasser gefallen.

Tarifvertrag mit der Reichspostverwaltung.

In einer Funktionärerversammlung des Verkehrsverbandes im Gewerkschaftshaus am Sonnabend berichtete Schmidt über die Verhandlungen über die Erneuerung des Tarifvertrags. Eine Aenderung des jetzt bestehenden Lohnarfs sei nicht vorgesehen. Doch sei es bei den Verhandlungen möglich gewesen, für einzelne soziale, mit dem Tarif verbundene Bestimmungen eine günstigere Gestaltung für die Kollegenchaft zu erreichen. Der endgültige Abschluß werde erst nach einigen Tagen erfolgen. Die Geltungsdauer soll für die Zeit vom 1. Juli 1921 bis 31. März 1922 festgelegt werden. Am 20. Juni wird in einer Vollversammlung im Gewerkschaftshaus ausführlich Bericht erstattet werden.

Die Elektromonteur und Helfer Groß-Berlins hatten am Dienstag eine Branchenversammlung in der Aula des Köllnischen Gymnasiums. Man beschloß sich zunächst mit dem Rahmenabkommen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller und seiner Auslegung. Zippel hielt darüber einen eingehenden informierenden Vortrag, woran sich eine Diskussion schloß.

Ueber die Tarifverhandlungen mit der Organisation der Kleinunternehmer, dem Verband deutscher Elektroinstallationsfirmen, wurde dann vom Branchenleiter mitgeteilt: Bisher handelte es sich um eine unverbindliche Aussprache zwischen der Kommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der Vertretung dieses Unternehmerverbandes. Hierbei wurde über eine Reihe von Tarifpunkten Einmütigkeit erzielt, während andere Punkte kritisch blieben. Gegenseitiges Einverständnis wurde unter anderem erreicht über folgendes: Die Arbeitszeit soll geregelt werden wie in dem Rahmenabkommen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller. Ueberstunden, die im allgemeinen zu vermeiden sind, sind in dringenden Fällen mit Zustimmung der Arbeitervertretung zulässig. Soweit möglich, muß jede Ueberstunde durch Freizeit ausgeglichen werden. Eine Urlaubsregelung ist vorzusehen. Auch in der Arbeitsnachweisfrage war man sich einig. Keine Einigung konnte bisher namentlich über die Lohnhöhe herbeigeführt werden. Die Kommission wird sich Mühe geben, die Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen.

Der Lohnkampf in der Saarindustrie.

Im Saargebiet kündigten die Arbeitgeber der Hüttenindustrie den Metallarbeiterorganisationen den Lohnarfs zum 1. Juni. Der Zweck der Tarifkündigung war ein 20prozentiger Lohnabbau. In Anbetracht der im Saargebiet bestehenden außerordentlichen Teuerung und des Umstandes, daß die Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeit der Hüttenbetriebe zurzeit durchaus nicht unternormal ist, vertrat die Metallarbeiterorganisationen den Standpunkt, daß kein Lohnabbau stattfinden könne, bevor nicht die Löhne die vorkriegszeitliche Kaufkraft wieder erreicht hätten. Gerade die Saarländische Hüttenindustrie hat gute Zeiten hinter sich. Die Dillinger Hütte konnte im letzten Geschäftsjahr 67 Millionen Mark Reingewinn ausschütten; die Burbacher Hütte gar 37 Millionen Frank. Auch bei der Böslinger Hütte (Gebrüder Köchling) soll die Profitrate über 60 Millionen Mark betragen haben. Dabei sind die bezahlten Löhne keineswegs glänzend. Durch den 20prozentigen Lohnabbau würden die Stundenlöhne sinken für gelernte Arbeiter auf 1,35 Fr.; für angelernte Arbeiter auf 1,20 Fr., für ungelernete Arbeiter auf 1,10 Fr. Kein Wunder, daß die Stimmung der Belegschaften äußerst erregt und die Mehrheit für sofortigen Streik war.

Da sich auch die Bergarbeiter in einer Bewegung zur Abwehr der Lohnreduzierung von 4 Fr. pro Schicht sowie der Feiertagslöhne befanden, drohte der Kampf sich nicht allein auf die Hüttenindustrie zu beschränken. Verhandlungen zeitigten kein anderes Ergebnis, als daß die Arbeitgeber einen stufenweisen Lohnabbau anboten. Danach sollte am 1. Juni 5 Proz., am 1. Juli 5 Proz. und am 1. August 10 Proz. abgebaut werden. Die Frauen- und Kinderzulagen sollten dagegen erhöht werden.

Während der Deutsche Metallarbeiterverband jeden Lohnabbau ablehnte, erklärten sich die Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes und des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins mit dieser Art des Abbaus einverstanden.

In verschiedenen Werken traten in den letzten Tagen die freigeorganierten Metallarbeiter in den Ausstand. Besonders auf der Böslinger, Dillinger und Hostenbacher Hütte war der Ausstand vollständig. Der Christliche Metallarbeiterverband und Hirsch-Dunderscher Gewerkschaftverein traten für die Wiederaufnahme der Arbeit ein, so daß die Mitglieder dieser Organisationen wieder arbeiten. Zwischen Streikenden und Arbeitswilligen ereigneten sich bereits blutige Zusammenstöße, worauf französische Militär einzelne Betriebe besetzte.

Die Führer der englischen Bergarbeiter erklären, die Bergwerkeigentümer haben beträchtliche Zugeständnisse gemacht, und ihre letzten Vorschläge stellen einen großen Fortschritt gegenüber allem dar, was bisher angeboten worden ist. Die gesamte Lage hat dadurch ein vollkommen anderes Gesicht erhalten, da die Bergleute nun in der Lage sind, die Arbeit wieder aufzunehmen, ohne zu befürchten, daß die Löhne unter das lebensnotwendige Niveau gesenkt werden. Der Vollzugsausschuss hat daher Vorbereitungen getroffen, um seinen Einfluss in der Richtung einer Verständigung einzusetzen.

Band der technischen Tagelöhner und Beamten. Morgen sind Mitgliederversammlungen: Norden 11: Campert's Feblle, Schönhauser Allee 120, 7 1/2 Uhr; Nordost: „Gebrüder Köchling“, Greifswalder Str. 48, 7 1/2 Uhr; Köpenick: „Barenhof“, Köpenicker Platz 7, 7 1/2 Uhr; — Donnerstag sind Mitgliederversammlungen: Charlottenburg 1: Restaurant „Anland“, Saalweg 3, 7 1/2 Uhr; Schöneberg: „Zur Sonne“, Grenadierallee 220, 7 1/2 Uhr; — Reden 1: „Republikanischer Oswald Berliner“, Brunnstraße 140, 7 1/2 Uhr; Osten 1: „Gedächtnisraum“, Stralauer Allee 48, 7 1/2 Uhr; Südwesten: „Zur Biergasse“, Belle-Alliancestr. 106, 7 1/2 Uhr; Charlottenburg 1: „Augusto-Reform“, Raimond-Augusto-Allee 38, 7 1/2 Uhr.

Wirtschaft

Der Köder der Gewinnbeteiligung.

Man schreibt uns: Die „Rhenania“, Verein Chemischer Fabriken Akt.-Ges., Aachen, hat wie alle chemischen Fabriken Deutschlands, sehr hohe Profite erzielen können. Nach 3 Millionen Abschreibungen gegenüber 1 Million im Vorjahre, werden 30 Proz. Dividende (im Vorjahre 25 Proz.), jedoch auf das vorertragsliche Stammkapital verteilt, 8 1/2 Millionen Mark auf Wertberhaltungsfonds und 1 1/2 Millionen Mark auf Feuerversicherungsfonds zurückgestellt. Das Stammkapital soll von neuem mehr als verdoppelt werden, die alten Aktionäre erhalten die neuen Aktien zu 107 Proz. im Verhältnis zu 1:1 angeboten.

Infolge des Friedensvertrages hat Deutschland einen großen Teil der hergestellten Rohstoffe und insbesondere Anilinfarben der Entente zur Verfügung zu stellen. Die chemischen Fabriken haben es bisher verstanden, hierfür, vom Reiche Preise zu nehmen,

welche einen durchweg sehr hohen Gewinn gesichert haben. Die chemische Fabrik „Rhenania“ will, jedenfalls angeht dieser Schröpfung der Allgemeinheit, ein übriges tun und von den neu auszugebenden Aktien etwa 1 1/2 Millionen den Angestellten zur Verfügung stellen. Wohl gemerkt: nur den Angestellten, nicht etwa der Belegschaft im ganzen. „Divide et impera“, „Teile und herrsche“ ist die Parole. Die Angestellten sollen jedoch diese Aktien zu einem den Ausgabekurs für die alten Aktionäre übersteigenden „Borzugspreis“ erhalten. Sie sollen auch nicht in der Lage sein, ebenso wie diese Aktionäre durch Verkauf der neuen Aktien an der Börse sich ebenfalls einen Profit zu sichern, sondern die den Angestellten zur Verfügung gestellten Aktien unterliegen einer Sperrverpflichtung, können also nicht weiterverkauft werden. Da die Angestellten soviel übrige Mittel nicht besitzen, um sich Aktien von 1000 M. Nennwert zu einem den Ausgabekurs übersteigenden Kurs in bar zu kaufen, wird ihnen jedenfalls die Firma entgegenkommen, derweise den Betrag vorstrecken und monatlich in Raten abziehen.

Das Vorgehen der Firma zeugt von einer geradezu grenzenlosen Wohlthätigkeit. Die Angestellten bekommen einen Happen hingeworfen und können auf diese Weise, wenn nächstes Jahr wiederum 30 Proz. Dividende verteilt werden, ihr Jahreseinkommen je nachdem wie viele Aktien sie nehmen, um 300, 600 M. ufm. erhöhen, wobei natürlich die leitenden Angestellten, da sie mehr Geld übrig haben, mehr Aktien übernehmen können und dadurch gegenüber den Durchschnittsangeestellten, die überhaupt nichts übrig haben, im Vorteil sind. Die Arbeiter werden zu den Angestellten infolge der „bevorzugten“ Behandlung der letzteren durch die Firma in einen Gegensatz gebracht, und diese werden restlos an die Firma gefesselt, da sie alle einen Vorschub zur Erwerbung der Aktien aufnehmen müssen. Die Folgerungen, die sich aus der von Sinnes propagierten Idee der Kleinaktion ergeben, zeigen sich hier bereits in Reinkultur.

Hoffentlich weisen die Angestellten der „Rhenania“ derartige korrumptierenden Almosen mit Entrüstung zurück und legen sich zusammen mit der Arbeiterschaft dieses Werkes mit größter Energie für die Abschaffung der Privatwirtschaft und die Durchführung der Gemeinwirtschaft ein, in welcher der einzelne Arbeitnehmer nicht mehr auf Almosen angewiesen ist, sondern sein verbürgtes Anrecht an dem Ertrag der Volkswirtschaft hat. npl.

Staatlicher Wohnungs- und Siedlungsbau in Ostpreußen. Bis zum März dieses Jahres waren für die Provinz Ostpreußen einschließlich des Bezirks Marienwerder aus Staatsmitteln 34 Millionen Mark für Landesbaudarlehen überwiesen worden. Inzwischen sind, wie mitgeteilt wird, für den gleichen Zweck vom preussischen Volkswohlfahrtsministerium weitere 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Hieron sind 7 Millionen Mark lediglich zur Förderung landwirtschaftlicher Siedlungsbauten in den Regierungsbezirken der alten Provinz Ostpreußen zu verwenden, zwei Millionen 100 000 M. dienen der Unterstützung mehrerer größerer Wohnungs- und Siedlungsunternehmungen des Regierungsbezirks Königsberg.

Sowjetrußlands zunehmender Außenhandel. Nach den in dem sowjetrußischen Wirtschaftsorgan „Ekononimicheskaja Schijn“ veröffentlichten Daten hat sich der Außenhandel Sowjetrußlands im Laufe des April d. S. bedeutend gehoben. Das Gewicht der eingeführten Waren beträgt 2,1 Millionen Pud (1 Pud = 16,32 Kgr.) gegen 624 000 Pud im März und 1,6 Millionen Pud im Februar. Die Erhöhung der Einfuhr erstreckt sich auf fast alle Warengruppen außer chemischen Produkten und Papierwaren. Besonders groß ist die Einfuhr von Lebensmitteln und Produkten der Gruppe „Erze, Metalle und Metallfabrikate“. Lebensmittel sind im ganzen 720 000 Pud eingeführt worden und zwar hauptsächlich Bohnen, Heringe, Reis und Sojafabrikate. In der Gruppe der Metallfabrikate, die 587 000 Pud ausmacht, fällt fast die Hälfte auf landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Die Aprilzufuhr dieser Maschinen und Geräte übertrifft die Summe der entsprechenden Einfuhr für die drei Monate Januar, Februar und März. In Lederfabrikaten, besonders Schuhwerk, sind im April 115 000 Pud, an Steinöle 182 000 Pud, Papier 110 000 Pud, Kunststoffe 95 000 Pud und Samen 70 000 Pud eingeführt worden. Zum ersten Male nach dem Kriege wurde in diesem Berichtsmonat Baumwolle nach Rußland eingeführt. — Auch die Ausfuhr hat im April etwas zugenommen. Ausgeführt wurden hauptsächlich Rohstoffe und Halbfabrikate im Gewichte von 540 000 Pud (noch nicht 9000 Tonnen). Die Art der ausgeführten Waren wird von der Sowjetregierung nicht im einzelnen bekanntgegeben.

Aus aller Welt.

Großer Fabrikbrand.

Wandsbek, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Seit Tagesanbruch sieht die Kakaoo- und Schokoladenfabrik der G. m. b. H. Reichardt in hellen Flammen. Die Brandursache ist noch unbekannt, die Löscharbeit in vollem Gange. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Mehrere Personen erlitten leichtere Verwundungen.

Die Kosten der Konferenz von Spa. Im belgischen allgemeinen Etat kommt ein Posten von 910 000 Frank vor, welcher die Kosten der Konferenz von Spa darstellt, wo die ausländischen Vertreter die Gäste der belgischen Regierung gewesen sind. Auf der Konferenz wurden allein für 15 000 Frank Zigarren geraucht. — Na, die Verschreibung unserer Ruhrkohle wird diese Kosten schon beden!

Berichte für den behaft. Zell: Dr. Werner Becker, Charlottenburg; für Angelegen: Dr. Wiese, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin. Anzeigebz. 3.

WANZEN Motten, Flöhe, Kopf- und Körperläuse, Schwaben werden radikal vernichtet durch **PFEIFFEROL**

Krause Pianos auf **Miete**
Ansbacher Straße 1, Ecke Kurfürstenstraße

Möbel-Angebot.
Solide Möbelwerke liefert Spezial-Ein- u. Zweizimmer-Einrichtungen sowie Glanzmöbel gegen Vorauszahlung bei mäßiger Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Off. Postlagerkarte 102, Postamt O 27. Keine Kasse.

Das Räderwerk
Die DEUTSCHE VOLKSWIRTSCHAFT
Georg Gradnauer und Rob. Schmidt
Postfachstr. 12, 100 000, Tel. 15.
Handlung Vorwärts, Berlin SW 68
Lindenstraße 2

Zu kontrollierbar höchsten Preisen kanft Gold-Platin-Silber
Zahngebisse, einzelne Zähne, Uhren, Ketten, Ringe,
Brillanten Auslandskurs
H. Wiese Artilleriestr. 30
Min. v. Bahnh. Friedrichstr. Tel.: Norden 1026

Jagdgewehre, Automatische Pistolen
Gustav Rätz, Berlin, Markgrafstr. 50
Gediegene Möbel auf Kredit, preiswert und ooulant
Möbel-Frese Weinbergswegl
Parzellen
in Eggersdorf, 15 Minuten vom Bahnhof Strassberg entfernt, zu verkaufen. Köhn & Co. Berlin, Dorostr. 11, April 1921

Konkurrenzlose Preise!
Fahrradreifen Prima Gummi 28 x 1 1/2 von 48.— M. bis 125.— M.
Garantireifen von 70.— M. an
Gebirgsreifen, prima 80.— M. (1 Jahr Garantie)
Fahrradschläuche, la Gummi . . . 16⁵⁰ M. bis 20.— M.
Autoreifen- und Fahrradhaus „**Nord-Ost**“ Berlin, Eisasser Str. 89 am Rosenhaier Tor

NEVEN & CO.
Spezialhaus für **Holz-Aufwaschtische Marmor-Waschtische Bade-Einrichtungen Sanitäre Steingutwaren**
Berlin C 19 Wallstr. 25
Untergrundbahnho! Spittelmarkt-Inselbrücke
Möbel
zu niedrigen Preisen direkt an Fabrikate
Schloß, 1688—16705 99.
Spulies, 1710—18070 99.
Herrn, 1730—17845 99.
Wohn-, 876—8890 99.
Röden 445—8865 99.
Lieferung frte. Lagerung
lohnL 10/11/12 Garantie.
Möbelhaus Reie wske
Berlin, Tobitz. 66
Parzellen
günstige Lage, verkauft billig
Gesamteigentum, Werner, 1915
bei Strausberg, Constantr. 1.

Damenhüte
aller Art werden nach den neuesten Modellen in erstklassiger Ausführung wie neu umgepreßt.
Herrenhut-Reparatur in allbekanntester guter Ausführung.
MITFABRIK W. C. LANGE
Blasse Str. 54
Nähe d. Friedrichstr.